



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

An den
Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen
Herrn Mario Voigt
Regierungsstr. 73
99084 Erfurt

nachrichtlich:
Finanzministerin, Frau Katja Wolf

Regina Biertümpfel
tbb Seniorenvertretung

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Erfurt, 17.08.2026

Bearbeitungszeiten der Thüringer Beihilfestelle

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Voigt,

Auch wenn es wie eine unendliche Geschichte klingt und man sagen könnte,
es sei zwar schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem.

Die Seniorenvertreter des thüringer beamtenbundes und tarifunion können die Bearbeitungszeiten der Beihilfestelle nicht mehr länger hinnehmen.

Zunehmende finanzielle Belastung im Alter

Uns erreichen fortlaufend Hilferufe von Thüringer Seniorinnen und Senioren, die durch die langen Bearbeitungszeiten ihrer Beihilfeanträge zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Gerade im höheren Alter nehmen gesundheitliche Beschwerden häufig zu; damit steigen auch die Zahl der Arztbesuche, der ärztlichen Verordnungen und der damit verbundenen Kosten.

Nicht vorfinanzierbare Gesundheitskosten

Behandlungskosten und Medikamentenpreise steigen kontinuierlich. Insbesondere schwere oder chronische Erkrankungen sowie Krankenhausaufenthalte verursachen Ausgaben, die aus einer normalen Pension nicht ohne Weiteres vorfinanziert werden können.

Zahlungszielverlängerung löst das Grundproblem nicht

Der Vorschlag des Finanzministeriums, mit Ärztinnen, Ärzten oder Krankenhäusern eine Verlängerung des Zahlungsziels zu vereinbaren, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Er verlagert die Folgen der langen Bearbeitungszeiten auf die Betroffenen, ohne die eigentliche Ursache in der Beihilfestelle zu beheben.

Zudem kann eine solche Vorgehensweise den Eindruck mangelnder Zahlungsfähigkeit verstärken und damit das Ansehen der Beamtinnen und Beamten beeinträchtigen.

Pauschale Beihilfe ist keine tragfähige Alternative

Für ältere Beihilfeberechtigte stellt die pauschale Beihilfe in der Regel keine realistische Alternative dar. Gerade in dieser Lebensphase sind ein Wechsel oder eine Umstellung häufig mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Risiken verbunden.

Personalabbau und steigender Arbeitsaufwand

Der kontinuierliche Personalabbau verschärft die Situation zusätzlich. In Bereichen, in denen in den kommenden Jahren mit einem weiteren Aufgabenzuwachs zu rechnen ist, steht immer weniger Personal zur Verfügung.

Um diese Entwicklung abzufedern, müssen geeignete Prozesse konsequent automatisiert werden. Der erhöhte Antragseingang zu Beginn und zur Mitte des Jahres ist seit Langem bekannt und sollte daher organisatorisch sowie technisch besser aufgefangen werden.

Fürsorgepflicht und Verantwortung des Dienstherrn

Als oberster Dienstherr tragen Sie, Herr Ministerpräsident, die Fürsorgepflicht für alle Beamtinnen und Beamten des Freistaats Thüringen. Dazu gehört auch, dafür Sorge zu tragen, dass Beihilfeberechtigte durch lange Bearbeitungszeiten nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten oder in ihrem Ansehen beeinträchtigt werden.

Die Fürsorge des Dienstherrn ist ein wesentliches Merkmal eines attraktiven öffentlichen Dienstes. Wenn Betroffene wiederholt gezwungen sind, offene Rechnungen zu rechtfertigen oder Zahlungsaufschübe zu erbitten, schwächt dies das Vertrauen in diese Fürsorge und wirkt der dringend notwendigen Gewinnung von Nachwuchs im öffentlichen Dienst entgegen.

Ihre Fürsorgepflicht gilt zugleich den Bediensteten der Beihilfestelle. Die bestehenden Bearbeitungsprobleme lassen sich nicht allein mit dem erhöhten Antragsaufkommen erklären. Bitte prüfen Sie, weshalb in der Behörde dauerhaft ein hoher Krankenstand besteht und warum die Kolleginnen und Kollegen mögliche Umstrukturierungen oder ein Outsourcing offenbar aus der Presse erfahren. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Leitungsebene der Beihilfestelle gerichtet werden. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt maßgeblich auf der Leitungsebene. Daraus müssen zwingend personelle Konsequenzen gezogen werden, welche aber schon seit Jahren fällig.

Mit freundlichen Grüßen



Regina Biertümpfel
Vorsitzende der tbb seniorennvertretung